

Weerth, Carsten

Article — Published Version

Umschlüsselungshilfe vom Zollkodex (ZK) zum Unionszollkodex (UZK) - Teil 2

BDZ-Fachteil

Suggested Citation: Weerth, Carsten (2015) : Umschlüsselungshilfe vom Zollkodex (ZK) zum Unionszollkodex (UZK) - Teil 2, BDZ-Fachteil, ISSN 1437-9864, BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Berlin, Iss. 9, pp. F41-F44

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/142333>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

durch die Dienststelle zur Verfügung gestellt werden. Dieses Erfordernis beinhaltet aber auf keinen Fall die Aushändigung der kompletten Personalakten an z. B. die Teilnehmer eines Beurteilungsgremiums. Unbestritten kann sich natürlich der Fachvorgesetzte eigene Aufzeichnungen über die in seinem Bereich tätigen Beschäftigten hinsichtlich einer evtl. Beurteilung oder eines bestimmten Aufgabenbereiches machen. Ein Hinweis sei in diesem Zusammenhang noch erlaubt: Auskünfte über „mein“ Personal bekommt man am einfachsten und rechtlich vollkommen unbedenklich, indem man die Betroffenen persönlich befragt.

Auch alle Interessenvertretungen (Personalrat, GleiB usw.) haben keinen – schon gar nicht einen globalen – Zugang zu den Personalakten. Sie erhalten nur die für die jeweilige Aufgabenerledigung erforderlichen Unterlagen von den Personalstellen. Auch im Zeitalter der elektronischen Personalaktenbearbeitung (z. B. PVS) kann den Interessenvertretungen kein Zugriff auf die Personalakten gewährt werden. Bei einer technisch sicherlich machbaren „Rollenverteilung“ kann man sich aber durchaus darüber Gedanken machen, ob diese Vertretungen – soweit erforderlich – einen Zugang zu genau definierten „Grunddaten“ erhalten. Das sollte aber nur erfolgen, wenn es die Arbeit der Interessenvertretungen erleichtert und weitergehender Zugriff auf andere Personalaktdaten (technisch) unmöglich ist. Abschließend sei zu diesem Bereich noch bemerkt, dass auch die Interessenvertretungen natürlich den Datenschutz zu beachten haben, da sie bei ihrer Tätigkeit u. a. mit personenbezogenen Daten der Beschäftigten – und oft mit durchaus „brisanten“ Daten – umgehen. Eine gern übersehene Pflicht ist z. B. das Löschen/Vernichten/Zurückgeben von nicht mehr erforderlichen Unterlagen, da die „Fälle“ bereits (seit Langem) erledigt sind.

Ergänzend zum §107 BBG sei erwähnt, dass der Bundesrechnungshof gem. §§ 94, 95 Bundeshaushaltsordnung ebenfalls bei durchzuführenden Prüfungen ein Zugangsrecht zu den Personalakten hat.

f) Fristgerechtes Löschen

Ein mehrfach und immer wieder vom BfDI beanstandeter Verstoß gegen datenschutzrechtliche Vorschriften und häufig angesprochenes Problem ist das Nichteinhalten der gesetzlich vorgeschriebenen Löschrufen bzw. Aufbewahrungsbestimmungen. Hier sind zwei unterschiedliche Fallgruppen bei den Personalakten zu unterscheiden:

1. Entfernung von Unterlagen:

Angesprochen sind die Fälle, in denen es um Beschwerden, Behauptungen oder Bewertungen geht. Diese sind, je nach Art des Falles, entweder unverzüglich oder auf Antrag nach zwei Jahren aus den Personalakten zu entfernen (§ 117 Abs. 1 BBG).

2. Aufbewahrungsfristen:

Die Aufbewahrungsfristen für die Personalakten sind im § 113 BBG abschließend geregelt und bedürfen keiner weiteren Kommentierung.

Obwohl hier klare Regelungen geschaffen wurden, werden häufig die o. a. Vorschriften nicht beachtet. Die Personalakten sind nach Ablauf der entsprechenden Zeiträume zu vernichten, wenn sie nicht von einem Archiv übernommen werden. Die entsprechenden Regelungen sind in den Aufbewahrungsbestimmungen der Finanzverwaltung – O 0950 –, in denen auch die Regelungen für die Sachakten hinsichtlich der Aufbewahrung enthalten sind, festgelegt. Um innerhalb der Dienststelle zu einer einheitlichen und optimierten Regelung bezüglich der Aufbewahrung, Löschung usw. zu kommen, bietet sich die Erstellung eines Löschkonzeptes an.

Wenn es zur Vernichtung von Datenträgern kommt, ist die DIN-Norm 66399 zu beachten.

g) Fazit

Die o. a. Abhandlung stellt nur einen kleinen Ausschnitt aus dem großen und weiten Spektrum des Datenschutzes (nicht nur) in der Bundesfinanzverwaltung dar. Sie soll nur bei der einen oder anderen Fragestellung zum Datenschutz im Bereich der Personalverwaltung eine Hilfestellung/einen Anstoß zur Lösung eines evtl. bestehenden Problems geben.

Abschließend sei noch einmal darauf hingewiesen, dass neben den Datenschutzbeauftragten der Dienststellen, die erste Ansprechpartner sein sollten und die Dienststellen beraten, auch die „VV-BMF-Datenschutz“ einschließlich des „Datenschutzkonzeptes für die Bundesfinanzverwaltung“ und das „Praxishandbuch Datenschutz in der Bundesfinanzverwaltung“ bei Fragestellungen datenschutzrechtlicher Art hilfreich sein können.

Umschlüsselungshilfe vom Zollkodex (ZK) zum Unionszollkodex (UZK)

Von Dr. Carsten Weerth BSc (Glasgow) LL.M. (Com.) MA, Bremen

Fortsetzung aus BDZ Fachteil 7-8/2015

Thema	ZK 1992	UZK 2013
Aussetzung der Vollziehung	Art. 244 ZK	Art. 45 UZK
Ausschussverfahren	Art. 247–249 ZK	Art. 285 UZK
Verpflichtung zur Registrierung	–	Art. 9 UZK
Harmonisierung von Zollsanktionen	–	Art. 42 UZK
Zusammenarbeit der Zollbehörden der Mitgliedstaaten	–	Art. 47 UZK
Flüge und Seereisen in der EU	–	Art. 49, 50 UZK
Aufbewahrung von Unterlagen und Informationen	–	Art. 51 UZK

Thema	ZK 1992	UZK 2013
Gebühren und Kosten	–	Art. 52 UZK
Währungsumrechnung	–	Art. 53 UZK
Zeiträume, Daten und Fristen	–	Art. 55 UZK
Ursprungszeugnis	–	Art. 61 UZK
Änderung der Zollanmeldung	–	Art. 173 UZK
Zentrale Zollabwicklung	–	Art. 179 UZK
Eigenkontrolle	–	Art. 185 UZK
Besondere Verfahren	–	Art. 210 UZK
Aufzeichnungen	–	Art. 214 UZK
Beförderung von Waren im besonderen Verfahren	–	Art. 219 UZK
Endverwendung	–	Art. 254 UZK
Veredelung (Allgemein)	–	Art. 255–258 UZK
Arbeitsprogramm für IT-Verfahren	–	Art. 280 UZK
Tests von IT-Verfahren	–	Art. 282 UZK

C. Umschlüsselung UZK → ZK

Tabelle 2: Umschlüsselung UZK → ZK

Thema	UZK 2013	ZK 1992
Gegenstand und Anwendungsbereich des ZK/UZK	Art. 1 UZK	Art. 1 und 2 ZK
Zollgebiet der EG/EU	Art. 4 UZK	Art. 3 ZK
Definitionen	Art. 5 UZK	Art. 4 ZK
Verpflichtung zur Registrierung	Art. 9 UZK	–
Stellvertretung	Art. 18, 19 UZK	Art. 5 ZK
Zollrechtliche Entscheidungen	Art. 22–32 UZK	Art. 6–10 ZK
Auskünfte	Art. 33–37 UZK	Art. 11–12 ZK
Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter	Art. 38, 39 UZK	Art. 5 a ZK
Harmonisierung von Zollsanktionen	Art. 42 UZK	–
Rechtsbehelfe	Art. 43, 44 UZK	Art. 243, 245 ZK
Aussetzung der Vollziehung	Art. 45 UZK	Art. 244 ZK
Risikomanagement und Zollkontrollen	Art. 46 UZK	Art. 13–16 ZK
Zusammenarbeit der Zollbehörden der Mitgliedstaaten	Art. 47 UZK	–
Nachträgliche Kontrollen	Art. 48 UZK	Art. 77, 78 ZK
Flüge und Seereisen in der EU	Art. 49, 50 UZK	–
Aufbewahrung von Unterlagen und Informationen	Art. 51 UZK	–
Gebühren und Kosten	Art. 52 UZK	–
Währungsumrechnung	Art. 53 UZK	–
Zeiträume, Daten und Fristen	Art. 55 UZK	–
Gemeinsamer Zolllarif	Art. 56–58 UZK	Art. 20 ZK
Ursprungserwerb	Art. 60 UZK	Art. 22–26 ZK
Ursprungszeugnis	Art. 61 UZK	–
Präferenzursprung	Art. 64 UZK	Art. 27 ZK
Zollwert	Art. 69–76 UZK	Art. 29–35 ZK
Zollschuld	Art. 77–87 UZK	Art. 201–212 a ZK
Mehrere Zollschuldner	Art. 84 UZK	Art. 213 ZK
Sicherheitsleistung (allgemein)	Art. 89–100 UZK	Art. 189–200 ZK

Thema	UZK 2013	ZK 1992
Formen der Sicherheitsleistung	Art. 92 UZK	Art. 193 ZK
Festsetzung und Mitteilung der Zollschuld	Art. 101–107 UZK	Art. 217–221 ZK
Fristen und Arten der Zahlung	Art. 108–115 UZK	Art. 222–232 ZK
Erstattung und Erlass	Art. 116–123 UZK	Art. 235–240 ZK
Erlöschen der Zollschuld	Art. 124–126 UZK	Art. 233 ZK
Summarische Eingangsanmeldung	Art. 127–132 UZK	Art. 36 a–36 c ZK
Eingang von Waren	Art. 133–138 UZK	Art. 37–39 ZK
Gestellung der Waren	Art. 139 UZK	Art. 40–42 ZK
Vorübergehende Verwahrung	Art. 144–152 UZK	Art. 50–55 ZK
Überführung in ein Zollverfahren	Art. 158–165 UZK	Art. 59–75 ZK
Standard-Zollanmeldung	Art. 162–165 UZK	Art. 62–73 ZK
Vereinfachte Zollanmeldung	Art. 166–167 UZK	Art. 76 ZK
Abgabe der Zollanmeldung	Art. 170 UZK	Art. 62 ZK
Annahme der Zollanmeldung	Art. 172 UZK	Art. 63 ZK
Änderung der Zollanmeldung	Art. 173 UZK	–
Ungültigerklärung Zollanmeldung	Art. 174 UZK	Art. 66 ZK
Vereinfachte Anmeldung zum höchsten Zollsatz	Art. 177 UZK	Art. 81 ZK
Zentrale Zollabwicklung	Art. 179 UZK	–
Eigenkontrolle	Art. 185 UZK	–
Überprüfung, Beschau	Art. 188–191 UZK	Art. 68 ZK und ZK–DVO
Nämlichkeitssicherung	Art. 192 UZK	Art. 72 ZK
Überlassung	Art. 194, 195 UZK	Art. 73, 74 ZK
Zerstörung von Waren	Art. 197 UZK	Art. 182 ZK
Erforderliche Maßnahmen, Verwertung durch Zollbehörden	Art. 198 UZK	Art. 75 ZK
Aufgabe zugunsten der Staatskasse	Art. 199 UZK	Art. 182 ZK
Rückwaren	Art. 203 UZK	Art. 185 ZK
Erzeugnisse der Seefischerei	Art. 208 UZK	Art. 188 ZK
Besondere Verfahren	Art. 210 UZK	–
Bewilligung	Art. 211 UZK	Art. 85, 86 ZK
Aufzeichnungen	Art. 214 UZK	–
Erledigung eines besonderen Verfahrens	Art. 215 UZK	Art. 89 ZK
Übertragung von Rechten und Pflichten	Art. 218 UZK	Art. 90 ZK
Beförderung von Waren im besonderen Verfahren	Art. 219 UZK	–
Übliche Behandlungen	Art. 220 UZK	Art. 109, 178 ZK
Ersatzwaren	Art. 223 UZK	Art. 115 ZK
Externer Versand	Art. 226 UZK	Art. 91–97 ZK
Interner Versand	Art. 227 UZK	Art. 163 ZK
Lagerung (Allgemein)	Art. 237, 238 UZK	Art. 99, 166 ZK
Lagerung im Zolllager	Art. 240–242 UZK	Art. 98–113 ZK
Freizonen	Art. 243–249 UZK	Art. 166–181 ZK
Vorübergehende Verwendung	Art. 250–252 UZK	Art. 137–144 ZK
Endverwendung	Art. 254 UZK	–
Veredelung (Allgemein)	Art. 255 UZK	–
Aktive Veredelung	Art. 256–258 UZK	Art. 114–129 ZK
Passive Veredelung	Art. 259–262 UZK	Art. 145–160 ZK
Summarische Ausgangsanmeldung bei Anmeldepflicht	Art. 263 UZK	Art. 182 a ZK

Thema	UZK 2013	ZK 1992
Zollamtliche Überwachung beim Ausgang	Art. 267 UZK	Art. 183 ZK
Ausfuhrverfahren	Art. 269 UZK	Art. 161 ZK
Wiederausfuhr	Art. 270, 274, 275 UZK	Art. 182 ZK
Summarische Ausgangsanmeldung ohne Zollanmeldepflicht	Art. 271 UZK	Art. 182 c ZK
Änderung der Summarischen Ausgangsanmeldung	Art. 272 UZK	Art. 182 d IV ZK
Arbeitsprogramm für IT-Verfahren	Art. 280 UZK	–
Tests von IT-Verfahren	Art. 282 UZK	–
Ausschussverfahren	Art. 285 UZK	Art. 247–249 ZK

D. Befugnisübertragung und Übertragung von Durchführungsbefugnissen

Zahlreiche Vorschriften des UZK haben keinen direkten Anwendungsgehalt – sie enthalten keine rechtsverbindlichen Regelungen von Inhalten, sondern bestimmen die Befugnisübertragung bzw. die Übertragung von Durchführungsbefugnissen.

Der UZK wird nicht wie der ZK durch eine ZK-Durchführungsverordnung begleitet und umgesetzt. Vielmehr wird der UZK durch mindestens zwei EU-Verordnungen umgesetzt: durch den Delegierenden Rechtsakt und den Implementierenden Rechtsakt.

Dieses ist dem Vertrag von Lissabon (Ausführungsvertrag zum Vertrag über die Europäische Union, AEUV) geschuldet. Das neue Rechtssetzungsverfahren der Art. 290, 291 AEUV macht die Aufteilung in einen Delegierenden Rechtsakt und einen Implementierenden Rechtsakt erforderlich.

Tabelle 3 listet 39 Artikel des UZK auf, Tabelle 4 enthält noch einmal 48 Artikel des UZK.

Mit anderen Worten, 87 Artikel des UZK haben keinen direkten Anwendungsgehalt – sie dienen nur der Formulierung des Delegierenden Rechtsakts und des Implementierenden Rechtsakts.

Tabelle 3:
UZK-Vorschriften zur Befugnisübertragung – 39 Artikel

Art. 2, 7, 10, 20, 24, 31, 36, 40, 62, 65, 75, 88, 99, 106, 115, 122, 126, 131, 142, 151, 156, 160, 164, 168, 175, 180, 183, 186, 196, 206, 212, 213, 221, 224, 231, 235, 253, 265, 279 UZK

Tabelle 4: UZK-Vorschriften zur Übertragung von Durchführungsbefugnissen – 48 Artikel

Art. 8, 11, 17, 21, 25, 32, 37, 41, 50, 54, 58, 63, 66, 68, 76, 100, 107, 123, 132, 138, 143, 152, 157, 161, 165, 169, 176, 178, 181, 184, 187, 193, 200, 207, 209, 213, 217, 222, 225, 232, 236, 239, 266, 268, 273, 276, 281, 283 UZK

E. Zusammenfassung

Mit den Umschlüsselungstabellen (Synopsen) vom ZK zum UZK und vom UZK zum ZK sollen die praktischen Anwender des Europäischen Zollrechts von der Zollamtsebene bis zur Generalzolldirektion und dem BMF sowie den Finanzgerichten, dem Bundesfinanzhof und dem EuGH eine praktische Anwendungshilfe bei der Einarbeitung in die neuen Vorschriften bekommen. Viele Vorschriften des alten ZK finden sich im UZK an anderer Stelle wieder.

Der UZK beinhaltet jedoch viele neue Ideen und Vorschriften – hier eine beispielhafte Aufzählung:

- > nur noch drei Zollverfahren,
- > den Wegfall der zollrechtlichen Bestimmung,
- > die Besonderen Verfahren (bisläng „Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung“),
- > die Tendenz, dass zahlreiche gemeinsame Vorschriften vor die Klammer gezogen werden und nicht bei jedem einzelnen Verfahren (mehrfach) geregelt werden,
- > Einführung der elektronischen Zollanmeldung als Standardverfahren,
- > Einführung der Selbstveranlagung,
- > Einführung der Zentralen Zollabwicklung,
- > Einführung der Möglichkeit des Single Window („one stop shop“, wird in Deutschland voraussichtlich nicht umgesetzt, aber ggf. in kleinen EU-Mitgliedstaaten [MS] wie Luxemburg und Malta und zentralisierten MS wie Frankreich und Spanien),
- > den Wegfall der Vernichtung,
- > die Harmonisierung der Zollsanktionen,
- > die Einführung der Aufgabe zugunsten der Staatskasse in allen Mitgliedstaaten,
- > Rechtsgrundlage für die verpflichtende Registrierung von Wirtschaftsbeteiligten,
- > Einführung der Möglichkeit für Tests von IT-Verfahren, das Zollrecht begrenzt auszusetzen.

288 Artikel des UZK enthalten u. a. 87 Artikel, die keinen direkten Anwendungsgehalt haben – sie dienen nur der Formulierung des Delegierenden Rechtsakts und des Implementierenden Rechtsakts. Für den Anwender sind diese Vorschriften unsinniger Ballast.

Wesentliche Inhalte des europäischen Zollrechts sind noch immer nicht bekannt, da die beiden Durchführungsverordnungen noch nicht endgültig veröffentlicht worden sind.

Zahlreiche Vorschriften werden in zwei weiteren EU-Verordnungen veröffentlicht werden – dem Delegierenden Rechtsakt und dem Implementierenden Rechtsakt (beide Rechtsakte ersetzen die bisherige ZK-DVO und sollen Mitte 2015 im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden).¹

1) Vgl. BMF, Unionszollkodex, Einblicke ins „Brüsselgeschäft“, Zoll aktuell, 2/15, S. 8–9.